

Philologentag fordert Abbau überflüssiger außerunterrichtlicher Aufgaben

„Mehr Zeit für Schüler statt Zeitverschwendung für Bürokratie“

Kultusministerium will Forderung des Philologentages nach Aufgabenkritik erfüllen

Appell an Landtag: Schulformbezogene Personalräte erhalten

Eine Überprüfung und deutliche Verringerung der außerunterrichtlichen Aufgaben der Lehrkräfte hat der Niedersächsische Philologentag zum Abschluss seiner diesjährigen Tagung in Goslar erneut gefordert.

Überbordende bürokratische Aufgaben machten es dem einzelnen Lehrer immer schwerer, genügend Zeit für die Vorbereitung guten Unterrichts und für die Betreuung und Förderung seiner Schüler zu erübrigen, heißt es in einer von den 350 Delegierten einstimmig verabschiedeten Erklärung. Besonders die 2007 eingeführte Eigenverantwortliche Schule sei für diese Entwicklung verantwortlich. Seitdem müsse jede Schule auf der Basis allgemeiner Bildungsstandards und Kerncurricula für jedes Unterrichtsfach eigene Lehrpläne aufstellen, die ständig überprüft und fortgeschrieben werden müssten. Ferner müsse ein umfangreiches Schulprogramm erstellt werden; ebenso seien die Ergebnisse der Schulinspektion zu verarbeiten. Zudem müsse jede Schule für alle möglichen Aufgabenfelder eigene „Konzepte“ erarbeiten, beispielsweise Methodenkonzepte, Förderkonzepte, Schulfahrtenkonzepte, Sicherheitskonzepte, Gesundheitskonzepte oder Vertretungskonzepte. Alle diese Konzepte müssten ebenfalls permanent ausgewertet und weiterentwickelt werden.

Für solche außerunterrichtlichen Arbeiten seien zeitaufwändige Vorbereitungen von Planungs- und Steuergruppen notwendig, an die sich zur Diskussion, Überarbeitung und Verabschiedung der Planungen zahlreiche Gremiensitzungen und Konferenzen anschließen.

Der Philologentag forderte die Landesregierung ein weiteres Mal auf, diese und viele andere fragwürdige Zusatzaufgaben unter Beteiligung der Lehrerverbände einer eingehenden Aufgabenkritik zu unterziehen. Ziel müsse dabei sein, alle Aufgaben zu streichen, die nicht der Verbesserung der Unterrichtsqualität dienen oder deren Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen stehe.

Mit der „Entschlackung“ der schulischen Arbeit von überflüssigen Aufgaben könne auch endlich ein Schritt in Richtung einer 40-Stunden-Arbeitswoche auch für Lehrkräfte erfolgen, der auch rechtlich geboten sei. Eine erste Analyse der Rede des Ministerpräsidenten bei der Eröffnungsveranstaltung des Philologentages zeige, dass er sich dieser Frage annehmen wolle, sicherlich nicht

allein, um spontan eine positive Antwort auf die Forderungen der Delegierten zu geben, sondern auch weil er wisse, dass die Frage der ständig wachsenden Arbeitsbelastungen der Gymnasiallehrkräfte ansonsten zur Nagelprobe für seine Regierung werden könne.

Unter diesem Aspekt war es sicherlich ein mit der Kultusministerin auch zeitlich abgestimmter Vorschlag, wenn sie jetzt zusicherte, künftig die Aufgaben der Lehrkräfte auf das Wesentliche von Schule, nämlich Unterricht und Erziehung, konzentrieren zu wollen und damit endlich den langjährigen Forderungen des Philologenverbandes nachzukommen. Die Delegierten merkten jedoch kritisch an, dass das von ihr skizzierte Verfahren zur Umsetzung der Forderungen zu zeit- und arbeitsaufwändig erscheine. Heiligenstadt müsse sich darüber im Klaren sein, dass sie daran gemessen werde, wie zügig und konkret die dringend erforderliche Umsetzung von Maßnahmen erfolgen werde. Die Delegierten erinnerten daran, dass der Philologenverband bereits 2012 umfangreiche Vorschläge vorgelegt habe, die aber bisher immer noch nicht umgesetzt worden seien. Es sei aber nötig, mit der Umsetzung sofort zu beginnen, denn die Zeit dränge.

In einem dringenden Appell an die Landtagsabgeordneten forderten die Delegierten, die Verabschiedung des Personalvertretungsgesetzes, das die Abschaffung der nach Schulformen zusammengesetzten Schulpersonalräte bei Bezirksregierungen und dem Kultusministerium vorsieht, zu stoppen. Einheitspersonalräte ermöglichen keine fachgerechte Interessenvertretung der Lehrkräfte der verschiedenen Schulformen. Auch könnten die jetzt vorgesehenen Einheitspersonalräte nur als weiteres Indiz für den rot-grünen Marsch in Richtung Einheitsschule angesehen werden. Ferner forderten die Delegierten die Erweiterung der Mitwirkungsrechte der Personalräte und der Freistellung der Personalratsmitglieder.

Goslar, 26.11.2015